

**„Ob Schulz,
ob Merkel,
ganz egal,
in Deutschland
herrscht das Kapital“**

**Positionen von SDAJ & DKP
zur Bundestagswahl**

SDAJ DKP



Wählen ändert nichts?

Warum wir von der Bundestagswahl nichts zu erwarten haben, aber trotzdem antreten

„Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie schon längst verboten.“ Mit diesem Satz hat Kurt Tucholsky nicht ganz unrecht. Sämtliche Verbesserungen für uns Werktätige kamen nicht durch Wahlen, sondern durch Kämpfe. Selbst wenn vermeintliche soziale Parteien in der Regierung waren, wurden immer Gesetze verabschiedet, die im Interesse der Herrschenden sind. Ein Ausdruck dessen waren die Hartz IV-Gesetze, der Ausbau des Niedriglohnbereichs oder die Streichung der Fördermittel für öffentliche Schulen. Solche Maßnahmen sind nicht einfach Fehlentscheidungen, sondern sie sind Ausdruck eines Staates, der die Aufgabe hat, die Profitinteressen des Kapitals zu garantieren. Oft stammen Gesetzentwürfe auch direkt aus der Feder von Banken, Konzernen und ihren Lobbyverbänden. Außerparlamentarische Kämpfe, wie Streiks, in denen wir Lohnabhängigen selbst aktiv für unsere Interessen werden, haben für uns deshalb auch immer Vorrang vor Parlamentswahlen.

Dennoch kandidiert die DKP zur Bundestagswahl. Wir wollen so eine antikapitalistische Alternative sichtbar machen, auf dem Stimmzettel und durch Gespräche am Infotisch. Viele Menschen sind unzufrieden und spüren, dass die jetzige Politik nicht ihre Interessen vertritt. Ihnen sagen wir: Schuld ist ein System, in dem die Profitinteressen der ca. 130 Milliardäre in Deutschland mehr Wert sind als Frieden, bezahlbarer Wohnraum und ein Einkommen zum Auskommen. Dem Kapitalismus, diesem Staat, den Nutznießern von Flucht, Krieg und Armut sagt die DKP den Kampf an. Wir müssen gemeinsam als ausgebeutete, unterdrückte und entrechtete Klasse Widerstand organisieren, nicht nur im Wahlkampf. Die Offensive der großen Banken und Konzerne muss in den Kämpfen um unmittelbare soziale Verbesserungen zurückgedrängt werden. Für diesen Kampf steht die DKP auf dem Stimmzettel, aber vor allem auf der Straße, im Betrieb, in der Schule und Uni.

„Uns wählen ist nett, aber selber kämpfen muss man trotzdem“

Interview mit einem Jugendkandidaten der DKP

Hallo Johannes, du trittst zur Bundestagswahl für die DKP an. Was hat dich dazu bewogen?

Johannes: Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass es gut ist, wenn man in diesem Land KommunistInnen wählen kann. Schau dir doch die etablierten Parteien an. Von SPD bis CDU, über CSU und Grüne sind das Parteien des Großkapitals – und ich glaube, das weiß die Mehrheit der Menschen auch intuitiv. Dann gibt es eine Linkspartei, der man zugutehalten muss, dass sie noch keinem direkten Kriegseinsatz zugestimmt hat. Wäre die Linkspartei stark genug würde sie in die Regierung gehen, darauf schießen ja schon jetzt einige. Und spätestens dann hättest du mit der Linkspartei nur eine weitere Partei die nach den Regeln des Systems spielt und Sozialabbau betreibt. Im Osten merkt man das schon jetzt. Mit der AfD haben wir eine Partei, die sagt, wir gehören nicht zum Establishment. Ich denke mir da: Ja. vielleicht noch

nicht. Aber wehe, man wählt euch. Dann seid ihr nicht nur etabliert, dann werdet ihr Hartz 4 mit offenem Rassismus verbinden. Viel beschissener geht's wohl nicht.

Was sagst du zu der Kritik, dass ein eigenständiger Antritt die linken Kräfte schwächt und den Aufstieg der Rechten weiter befördert?

Johannes: Das ist Unsinn. Dann könnte man auch sagen, die Existenz der Linkspartei stelle eine Schwächung des „linken Lagers“ dar, weil sie eine Konkurrenz zur SPD ist. Mir geht es so, und ich glaube da bin ich nicht der einzige, dass ich gar nicht wählen gehen würde wenn die DKP nicht zur Wahl anträte. Das sind die einzigen, die nicht bei der Elendsverwaltung mitmachen wollen. Wir treten ja auch deshalb eigenständig an, weil es einige Punkte gibt die uns von den Sozialdemokraten unterscheiden. Mal ein Beispiel: wenn es darum

geht, wie wir soziale Verbesserungen durchsetzen können, dann sagt dir die Linkspartei: indem ihr uns wählt. Wir werben hingegen dafür gemeinsam für die eigenen Interessen zu kämpfen. Mit der DKP kommt also eine Facette auf den Wahlzettel, die du sonst nirgendwo hast. Nämlich die: Wähle uns, ist ganz nett, aber auf die Straße gehen und selber kämpfen musst du trotzdem.

Wie kann man denn auch abseits der Bundestagswahl gegen Rechtsruck und Kriegsgefahr aktiv werden?

Ich arbeite als Redakteur bei der Tageszeitung junge Welt und berichte von Arbeitskämpfen. Also immer dann, wenn ein Betrieb und eine Belegschaft sagen: Jetzt ist genug, wir streiken. Weil wir nicht genügend Lohn haben, weil wir nicht genug Personal haben, weil der Chef ein Schwein ist. Ich erwähne das, weil ich der Meinung bin, dass das, was man jetzt in diesem Land tun kann, das ist sicher nicht ein Kreuz bei der Wahl machen, sondern, das wäre zunächst mal in die Gewerkschaft gehen. Gewerkschaften sind nicht ein Verein, dem ich einmal

im Monat meinen Beitrag abdrücke, sondern die sollten eigentlich dafür sorgen, dass da wo Missstände sind, auch dagegen angekämpft wird. Das ist etwas was wirklich jeder machen kann, unabhängig davon ob man sich als Kommunist versteht oder nicht: In die Gewerkschaft gehen und dort ein wenig mehr Terz machen – idealerweise mit Unterstützung der KommunistInnen, die sind nämlich sehr geübt darin, Terz zu machen.

Und das hilft auch gegen die AfD?

Na sicher. In dem Moment, in dem du dich für eine Verbesserung in deinem Betrieb einsetzt, merkst du relativ rasch, dass das nur gemeinsam geht. Gemeinsam mit allen, die mit dir im Betrieb sind, d.h. auch mit den migrantischen KollegInnen. Wenn du mit denen zusammen was erreichst, wirst du nicht mehr hetzen – das hab ich schon bei sehr vielen Streiks erlebt. Und für gewöhnlich erleben die Leute dann auch, dass nicht der Flüchtling aus Syrien der Feind ist, sondern ihr eigener Chef. Wenn man das begriffen hat, dann wählt man auch nicht die AfD, weil in der hast du einfach zu viele Chefs.

Wir wollen nicht bei der Elendsverwaltung mitmachen

Unsere Zukunft statt ihre Profite

Gemeinsam für kostenfreie Bildung, gute Arbeit und eine intakte Umwelt

Eins ist klar: wir Jugendlichen brauchen endlich eine sichere Zukunft, in der unsere Bedürfnisse und Interessen im Vordergrund stehen! Doch die Realität sieht leider anders aus: verschimmelte Schulen, Bildung die von den Geldbeuteln unserer Eltern abhängig ist, prekäre Arbeitsverhältnisse und Ausbildungsplatzmangel sind Alltag. Schon in der Grundschule wird selektiert. Anstatt gemeinsam mit- und voneinander zu lernen, werden wir spätestens nach der vierten Klasse in Schubladen gesteckt – ein Wechsel nach oben ist kaum möglich. Wir wollen nicht in einer Gesellschaft leben, in der wir als Jugendliche Angst haben müssen, keinen Ausbildungsplatz zu finden, in der wir, wenn überhaupt, nur befristet übernommen werden und in der unser Lohn kaum zum Leben reicht. Weltweit ist insbesondere die Arbeiterjugend von den Folgen des Klimawandels und der ökologischen Krise betroffen. Inzwischen ist das Ausmaß an Schadstoffausstoß und der Verbrauch von Rohstoffressourcen so massiv, dass der Klimawandel und die zunehmende

Zerstörung unserer ökologischen Grundlage für die Menschheit lebensbedrohlich geworden sind. Eine besondere Gefahr geht von den Atomwaffen aus, die auch in Büchel (Rheinland-Pfalz) modernisiert werden. Große Konzerne verpesten die Umwelt, bringen das Klima aus dem Gleichgewicht und wälzen die Kosten und Risiken auf die Bevölkerung ab. Wir wollen eine Gesellschaft in der wir solidarisch miteinander umgehen, in der wir gemeinsam lernen und unsere Interessen als Jugendliche im Vordergrund stehen, in der wir Zeit haben um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. In der kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben, sind wesentliche Bereiche von jeglichen demokratischen Entscheidungen ausgeschlossen. Nicht diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum durch ihre Arbeit schaffen bestimmen darüber, was, wie und wofür produziert wird, sondern die Eigentümer der Produktionsmittel. Unsere Arbeits-, Lebens- und Lernbedingungen werden durch die Profitinteressen weniger Kapitalisten

und Staatsbeamter bestimmt. Der deutsche Staat, die deutschen Banken und Konzerne stehen uns bei der Durchsetzung unserer Forderungen im Weg. All ihr Wirken ist auf die Vergrößerung des Profits, auf die Ausbeutung und Unterordnung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gerichtet. Bildung und Arbeit dienen

in dieser Gesellschaft dazu die Profite der Banken und Konzerne zu erhöhen. Eine intakte Natur und Umwelt fällt gnadenlos der Jagd nach den höchsten Profitraten zum Opfer. Die oberen Zehntausend verfügen über den erarbeiteten Reichtum von Millionen Menschen. Tagtäglich müssen wir also für unsere

Rechte kämpfen. Das Geld was wir bräuchten, wird in Militär und Rüstung gesteckt, um ihre Profite und sichere Rohstoffquellen zu sichern, um mehr Machteinfluss in der ganzen Welt zu erhalten. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der wir als Menschen im Mittelpunkt stehen, nicht die Banken und Konzerne. Das kann

nur eine Gesellschaft sein die das Privateigentum an Produktionsmitteln aufhebt, also eine sozialistische. Das kapitalistische System, das System der Banken und Konzerne, können wir aber nicht einfach abwählen. Unsere Rechte müssen wir erkämpfen, dort wo wir sind – egal ob in Schule, Uni, Ausbildung oder Betrieb!

Geld ist genug da!

Immer wieder wird behauptet für Investitionen in Bildung und Soziales sei kein Geld da. Wir haben nachgerechnet:

Kostenfreie Bildung

11
Mrd Euro

Um die 50.000 fehlenden LehrerInnen auszugleichen, bräuchte man pro Jahr 2,5 Mrd. Euro. Um ein kostenloses Mittagessen für alle SchülerInnen zu sichern, bräuchte man bei einem Preis von 3 Euro weitere 5 Mrd. Euro. Für Bus- und Bahnfahrten zahlen SchülerInnen rund 400 Euro pro Jahr, das macht 3,6 Mrd. Euro für ganz Deutschland. Mit 11 Mrd. Euro wären wir dem Ziel einer kostenfreien Bildung also ein ganzes Stück näher.

Ausbau des ÖPNVs

10
Mrd Euro

Knapp 20% der Treibhausgasemissionen in Deutschland werden durch den Verkehr verursacht, 95% davon durch den Straßenverkehr. Derzeit wird der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenverkehrs vom Bund mit knapp 3 Mrd. Euro bezuschusst. Zur Entlastung der Straßen und als Beitrag gegen den Klimawandel brauchen wir mindestens weitere 10 Mrd. Euro.

Wer den Reichen nichts nimmt kann den Armen nichts geben

Schaffung von Arbeitsplätzen

22
Mrd Euro

Die öffentliche Daseinsfürsorge leidet an chronischem Personalmangel, der auf Kosten der Beschäftigten wie der Bedürftigen geht. Deshalb brauchen wir akut: 162.000 neue Stellen in den Krankenhäusern, mindestens 10.000 weitere SozialarbeiterInnen und 10.000 zusätzliche ErzieherInnen. Notwendige Sanierungen öffentlicher Einrichtungen und der Bau dringend benötigter Sozialwohnungen bedeuten die Schaffung weiterer 100.000 Arbeitsplätze im baunahen Gewerbe. Die insgesamt 282.000 Arbeitsplätze kosten großzügig berechnet 14,1 Mrd. Euro im Jahr. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus brauchen wir mindestens 8 Mrd. Euro, insgesamt also 22,1 Mrd. Euro.

bezahlbar

Zusammen genommen kosten die Projekte also 43,1 Mrd. Euro. Allein die Einführung einer **Millionärsteuer in Form einer jährlichen Vermögensabgabe von 2 Prozent** auf alle Vermögen größer als 1 Million Euro würde jährlich 48 Mrd. Euro einbringen und die Vorhaben problemlos finanzieren.

„Ich kandidiere für die DKP ...“

10 Mitglieder der SDAJ kandidieren auf den Landeslisten der DKP zur Bundestagswahl – vier von ihnen haben wir befragt wieso:

Listenplatz 3 Bayern



Tom Talsky (26) aus München
ver.di Bezirksvorstand München und
SDAJ Landesvorsitzender Bayern

„...weil man sich nicht auf den „Schulzzug“ oder irgendein rot-rot-grünes Experiment verlassen sollte, sondern selbst für die Interessen der Beschäftigten kämpfen muss. Dazu möchte ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen beitragen.“

„...weil sie die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Kriegen klar benennt – das auf Privateigentum basierende Gesellschaftssystem, der Kapitalismus. Dem stellen wir den Sozialismus entgegen, eine Gesellschaft in der gemeinschaftlich und demokratisch produziert und verteilt wird.“

Listenplatz 2 Berlin



Lena Kreymann (27) aus Berlin
stellvertretende
Bundesvorsitzende der SDAJ

„...weil sie sich gegen den deutschen Militarismus stark macht. Während für Krieg anscheinend immer Geld da ist, fehlt es im Bildungsbereich an allen Ecken und Enden. Die DKP fordert ein Ende der Rüstungsausgaben und mehr für Bildung. Vor Ort kämpft sie immer wieder gegen die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr und organisiert Proteste gegen die Kriegstreiberei.“

„...weil sie nicht mit leeren Wahlversprechen glänzen will, sondern den Menschen rät selbst aktiv zu werden! Gegen Leih- und Zeitarbeit, hohe Mieten und Hungerrente!“

Listenplatz 8 NRW



Timo Budzuhn (24) aus Dortmund
SDAJ Landesvorsitzender
Ruhr-Westfalen

Listenplatz 8 Hessen



Robin Schmidt (25) aus Frankfurt am Main
ver.di Bezirksjugendvorstand FFM und Region